

IWH-Pressemitteilung 43/2015

Halle (Saale), den 26. November 2015

Sparkassen vergeben in Wahljahren mehr Kredite

Offenbar nutzen Kommunalpolitiker in Wahljahren ihren Einfluss auf die Kreditvergabe der Sparkassen aus. Dies legen Berechnungen¹ des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) nahe. „In Jahren, in denen Kommunalwahlen stattfanden, erhöhten die Sparkassen ihre Unternehmenskredite im Durchschnitt um 7,6 Mio. Euro“, erklärt IWH-Präsident Reint E. Gropp. Kredite, die in Wahljahren gewährt wurden, waren außerdem von geringerer Qualität und verringerten die Einnahmen der Sparkassen.

Regionalprinzip und politische Einflussnahme

Zu den Aufgaben der Sparkassen gehört es, die Finanzierung kleiner und mittelständischer Unternehmen bereitzustellen, um Wirtschaft und Beschäftigung in ihrer Region zu fördern. Dabei sind sie gesetzlich auf die Kreditvergabe in ihrer Kommune (Stadtsparkasse) oder ihrem Kreis (Kreissparkasse) beschränkt. Den IWH-Forschern zufolge begünstigt dieses so genannte Regionalprinzip bei der Kreditvergabe kombiniert mit dem Einfluss lokaler Politiker auf Kreditentscheidungen die Indienstnahme der Sparkassen für politische Zwecke. Kommunalpolitiker haben im Sparkassenverwaltungsrat und im Kreditausschuss prominente Positionen inne, die es ihnen ermöglichen, Einfluss auf wichtige Kreditvergabeentscheidungen zu nehmen. Vorsitzende dieser Gremien sind beispielsweise meist die Bürgermeister oder Landräte.

Ein politischer Kreditvergabezyklus

Theorien politischer Konjunkturzyklen gehen davon aus, dass Politiker in Wahljahren einer expansiven Steuerpolitik zuneigen, weil sie ein Interesse daran haben, ihre Popularität zu steigern, indem sie die wirtschaftlichen Bedingungen günstig erscheinen lassen. Die empirischen Ergebnisse der IWH-Berechnungen zeigen, dass dies auch auf deutsche Kommunalpolitiker zutrifft, wenn sie Sparkassen als Instrument expansiver Geldpolitik einsetzen: Sie gewähren mehr Kredite an Unternehmen, und das häufig zu günstigeren Konditionen. In dem Jahr, in dem eine Kommunalwahl stattfand, wurden von den Sparkassen im Durchschnitt 7,6 Mio. Euro mehr an Unternehmenskrediten vergeben als in anderen Jahren. Für alle Sparkassen zusammengenommen beläuft sich dies auf eine Summe von 3,4 Mrd. Euro.

Geringere Kreditqualität

Die IWH-Forscher konnten außerdem zeigen, dass die in Wahljahren gewährten Kredite im Vergleich mit anderen Jahren von geringerer Qualität waren. So waren in den Folgejahren die Kreditausfallrückstellungen der Sparkassen höher und die Zinseinnahmen niedriger als in dem Jahr vor einer Wahl.

„Das wahlzyklische Kreditvergabeverhalten der Sparkassen deutet darauf hin, dass politische Erwägungen bei der Kreditvergabe in Wahljahren eine bedeutende Rolle spielen“, erläutert Gropp, „das verzerrt die Kapitalallokation und möglicherweise auch die lokalen Wahlergebnisse.“

Sperrfrist:

26. Nov. 2015,
13:00 Uhr

Pressekontakt:

Tobias Henning
Telefon:
+49 345 7753 720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:

Reint E. Gropp
Telefon:
+49 345 7753 700
E-Mail:
president@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundesministerium für
Wirtschaft und Energie
(**BMWi**), Bundes-
ministerium der Finanzen
(**BMF**), Bundeskanzleramt

Wissenschaftliche

Schlagwörter:
Sparkassen, politische
Kreditvergabe

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

¹ LEIBNIZ-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE (IWH) (Hrsg.): [Electoral Credit Supply Cycles Among German Savings Banks](#). IWH Online 11/2015. Halle (Saale) 2015.

Um in der Zukunft diese Art der politischen Kreditvergabe zu verhindern, sollte die Leitungsstruktur der Sparkassen verbessert werden. Eine Lösung wäre zum Beispiel, wichtige Positionen wie den Vorsitz des Sparkassenverwaltungsrats und des Kreditausschusses mit unabhängigen Experten zu besetzen.

Veröffentlichung:

LEIBNIZ-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE (IWH) (Hrsg.): [Electoral Credit Supply Cycles Among German Savings Banks](#). IWH Online 11/2015. Halle (Saale) 2015.

Wissenschaftliche Ansprechpartner:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.

Tel.: +49 345 7753 700, E-Mail: president@iwh-halle.de

Vahid Saadi

Tel.: +49 345 7753 700, E-Mail: vahid.saadi@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Tobias Henning

Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

IWH-Expertenliste:

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftler/innen. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle](#) des IWH.

Die Aufgaben des **Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)** sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 89 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.